FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Resolution 01

Zur Klimakatastrophe

Der Klimawandel ist vom Menschen verursacht und kann auch vom Menschen wieder „eingefangen“ werden. Darüber sind sich fast alle maßgeblichen Wissenschaftler einig. Auch den Politikern und Politikerinnen der meisten Staaten bekennen sich (mit schönen Worten) dazu, dass hier etwas geschehen muss – allerdings wurden bisher noch viel zu wenig der Maßnahmen umgesetzt, die nötig wären, um die Klimakatastrophe hintanzuhalten.

Wie man bei der Corona-Krise gezeigt hat, kann man den Menschen durchaus vermitteln, dass auch unbequeme Maßnahmen nötig sein können. Dies muss auch im Bereich der Maßnahmen zur Rettung des Klimas geschehen, noch dazu, wo ein Großteil der Menschen ja bereits jetzt schon einsieht, dass es so nicht weitergehen kann. Besonders die Jugend sieht ihre unmittelbaren Lebensgrundlagen gefährdet und fordert zu Recht von der Politik und der Gesellschaft, hier endlich nachhaltig tätig zu werden.

Die Folgen des Klimawandels (besser: der Klimakatastrophe) werden mit Sicherheit um ein Vielfaches schlimmer (auch teurer) sein, als die Folgen der Corona-Krise. Und es ist ja leider nicht so, dass man die Maßnahmen aufschieben und sie dann später abarbeiten könnte, denn die Wissenschaft warnt eindringlich vor dem „Point of no return“, ab dem sich die Klimakatastrophe verselbständigt und nicht mehr aufzuhalten ist.

Mit Naturgesetzen kann man nicht verhandeln.

Die Vorgaben der Klimaschutzverträge müssen eingehalten werden. Allein mit den bisherigen Maßnahmen ist jetzt schon abzusehen, dass diese nicht reichen werden, um die geforderten notwendigen Reduktionen im CO₂-Ausstoß zu erreichen.

Ein entschiedeneres Handeln der Politik (bei aller Rücksichtnahme auf soziale Ausgewogenheit) ist unbedingt notwendig. Ansonsten wird sich diese Generation die Frage gefallen lassen müssen: Warum habt ihr nichts getan?

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Resolution 02

Coronakrise und der Generationenvertrag: Quo vadis?

Umfassende SOLIDARITÄT mit Alten UND Jungen!

Gerade in Krisensituationen muss sich eine Gesellschaft ihrer Wertehierarchie besonders bewusst sein. Lenkende Maßnahmen müssen und dürfen stets nur in Bedacht auf die übergeordneten Werte einer Gesellschaft getroffen werden. Dies bewahrt davor im Krisenmanagement den Überblick zu verlieren und im Nachhinein schwere "Kollateralschäden" beklagen zu müssen, die eine Gesellschaft gravierend und längerfristig zu entzweien vermögen.

Der Österreichische Sozialstaat sucht seinesgleichen in der Welt, Solidarität ist das Kernelement, das sich wie ein roter Faden durch die vielfältigen Bausteine zieht, die in Summe unser lebenswertes Miteinander ausmachen.

Der Generationenvertrag ist ein Baustein gelebter Solidarität, er sieht vor, dass die Leistungsträger einer Generation diejenigen mittragen die nicht mehr leisten können. Aber weniger beachtet ist es auch Element des Generationenvertrages, auf diejenigen Bedacht zu nehmen die eben noch nicht leisten können, und ihnen solcherart eine Lebensumwelt zu bieten, in der sie sich entwickeln und gedeihen können, um später im Wechsel der Generationen in der Lage zu sein, auch ihren Teil als Leistungsträger der Zukunft erfüllen zu können. Aber der Wille in diesen Generationenvertrag einzusteigen wird dadurch geformt, dass die Jungen zunächst Solidarität selbst erleben, bevor sie von ihnen eingefordert werden kann.

Im momentanen Handeln und der medialen Kommunikation ist beides bedroht, das künftige Können und das Wollen.

Etliche Jugendliche erleben derzeit eine neue Situation des "no future", sie sind vom derzeitigen Stillstand besonders betroffen und erleben, wie ihre Bedürfnisse auf Eis gelegt werden.

Lehrlinge werden nicht eingestellt, weil man nicht weiß wie sich die Wirtschaft entwickelt, jung betriebsangehörige werden unter Umständen als erste entlassen, Universitäten werden gesperrt, Prüfungen und Praktika nicht abgehalten, Lebensläufe bis auf weiteres verzögert, und niemand kann den Jungen sagen wann dies ein Ende haben soll.

Während die Solidarität mit den Alten und gesundheitlich Gefährdeten mediales Leitthema blieb, wurde den Jugendlichen ausgerichtet, dass sie unverantwortlich

seien wenn sie weiter ihre Freunde treffen, und gefälligst auch mal Verantwortung übernehmen sollten.

Übersehen wurde hingegen, dass Ausbildung und Zukunft dieser Jugendlichen nun schon seit Monaten auf Eis liegen, und dass es durchaus Jahre werden können, bis sich wieder Normalität einstellt. Aber ein 16jähriger Teenager hat keine Jahre, die er quasi unbeschadet im Winterschlaf überdauern kann, er kann das Leben nicht auf später verschieben. Denn er steckt in der ersten Rush Hour des Lebens, er steht vor wichtigen Weichenstellungen bezüglich seiner beruflichen und aber auch seiner sozialen Zukunft. Es ist lebensnotwendiges Grundbedürfnis, sich mit den Peers des gleichen und des anderen Geschlechts austauschen zu können, und es ist wesentlich auch in der beruflichen Entfaltung gerade in dieser wichtigen weichenstellenden Lebensphase nicht behindert zu werden.

Erleben zu müssen, dass dieses ureigenste Bedürfnis der Jugend medial als unverantwortlich abgekanzelt wird, kann nicht dazu beitragen, dass sich diese jungen Menschen als gleichberechtigter hochwertiger Teil der Gesellschaft gesehen fühlen, und wird den Willen gefährden, in diese Gesellschaft solidarisch einzutreten.

Am anderen Ende der Lebensspanne hingegen befinden sich die Alten und Kranken. Die Solidarität mit diesen gefährdeten Menschengruppen wird zwar gerne und oft zur medialen Positivkampagne der Maßnahmen verwendet, wirklich gefragt welches denn nun ihre dringlichsten Anliegen seien werden auch sie nicht.

Alte in Pflegeheimen, die über Monate nur sehr eingeschränkt besucht werden durften, und bitten und weinen wann sie ihre Lieben wieder sehen können, Sterbende in Spitälern, die in ihren letzten Stunden alleine sein mussten, weil sie das Pech hatten, dass sich der Gesundheitszustand so schnell verschlechterte, dass sie auf Normalstationen verblieben und nicht auf besuchsprivilegierte Palliativstationen transferiert werden konnten, bzw im Abwarten des Freiwerdens einer (viel zu knappen) Kapazität durch die Betreuung eines mobilen Palliativteams zu Hause entgegen klarem Wunsch und Willen letztlich jedoch alleine im Spital verstarben - derer Beispiele gibt es viele, an denen man den Eindruck bekommt, daß an Wünschen und Bedürfnissen der Betroffenen vorbei agiert wurde.

Gesundheit ist ein zweifelsfrei ein hohes Gut, jedoch niemals das Höchste, denn:

"Die Würde des Menschen ist unantastbar!"

Gelebte, wirkliche Solidarität einer Gesellschaft mit Alten UND Jungen, die nachfragt und nicht einfach nur annimmt bereits zu wissen was gut für diese sei, ist für ein würdevolles Leben in jeder Lebensphase unabdingbar!

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 1

Fracking

Die Arbeiterkammer Wien fordert die Europäische Union sowie die UNO auf, sich für ein Internationales Abkommen einzusetzen, um die Methode des Frackings zur Gewinnung von Erdöl und Erdgas zu verbieten und ein möglichst rasches Ausstiegsszenario aus dieser Technologie zu entwickeln.

Die Methankonzentration in der Erdatmosphäre ist seit dem Jahr 2008 dramatisch angestiegen.

Methan entsteht weltweit hauptsächlich durch die Rinderzucht und den Reisanbau, aber auch durch das Auftauen von Permafrostböden, die Methan als Methanhydrat enthalten. Da die Methaneinträge aus diesen Quellen auch nach 2008 mehr oder weniger konstant waren, kann der rasante Anstieg von Methan nur durch die mehr und mehr genutzte Gewinnung von Erdöl und Erdgas durch die neue Methode des Frackings erklärt werden.

Die Frackingmethode setzt wesentlich mehr CO₂ und CO₂ - Äquivalente frei als die herkömmlichen Methoden. Es ist den Wissenschaftlern auch gelungen, mittels Mengenbewertung sowie einer Analyse der L12 Isotope im Methan der Atmosphäre nachzuweisen, dass ein Drittel dieses Methans aufgrund von Fracking in die Atmosphäre gelangt.

Methan als Treibhausgas ist besonders problematisch, da es viel stärker als CO₂ den Treibhauseffekt anheizt. Dieser ist bei Methan 84 mal so stark wie bei CO₂ .

Obwohl derzeit nur 1,88 ppm (parts per million) gegenüber CO₂ mit 420 ppm in der Atmosphäre vorhanden sind, werden 17-20 % des Treibhauseffektes durch Methan verursacht.

Eine zusätzliche Gefahr besteht auch darin, dass die Bohrlöcher für das Fracking nicht mehr ordnungsgemäß verschlossen werden, wenn die Förderfirmen z.B. aufgrund der sinkenden Ölpreise nicht mehr gewinnbringend arbeiten können und insolvent werden, weshalb dann kontinuierlich weiteres Methan ausströmt. Auch ein Monitoring dieser hochgefährlichen Bohrlöcher findet nicht statt.

Es ist also notwendig ein Internationales Abkommen zur Reduktion von Methan in der Atmosphäre zu treffen, ähnlich dem Montreal-Protokoll von 1989, das den Einsatz von FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffen) weltweit drastisch reduziert hat, um erfolgreich die Ozonschicht zu schützen.

Es kann nicht sein, dass das fahrlässige Freisetzen von treibhausaktiven Gasen durch nur einige wenige Staaten die Bemühungen und finanziellen Aufwendungen der großen Mehrheit der verantwortungsbewussten Staaten zunichte macht.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 2

KEIN CCS (CARBON CAPTURE STORING)

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich gegen CCS als Klimaschutzmaßnahme aus, da dies zu viele Gefahren birgt und ohnehin nur eine Übergangslösung sein kann.

Ob mittels CCS das CO₂ dauerhaft aus der Atmosphäre entfernt werden kann, ist wissenschaftlich derzeit noch nicht geklärt. Man geht davon aus, dass nur 65-80 % des gespeicherten CO₂ auch wirklich dauerhaft aus der Atmosphäre entfernt werden können.

Aber selbst wenn diese Annahme stimmt ist CCS höchst problematisch. Gesundheitsrisiken für den Menschen kann es geben, wenn infolge von Unfällen CO₂ in großen Mengen entweicht. Dies wird allerdings als extrem unwahrscheinlich angenommen.

Eher wahrscheinlich ist es allerdings, dass durch das Einbringen von CO₂ Schadstoffe aus dem Untergrund freigesetzt werden, die in der Folge vermehrt an die Oberfläche treten. Dies kann zu Schäden in Grundwasser, Böden oder Oberflächengewässern führen.

Das Monitoring (Überwachung) solcher Lager wäre eine zwingende Voraussetzung. Techniker/Innen für ein umfassendes Monitoring gibt es bislang allerdings gar nicht.

Wieviele geeignete Speicher überhaupt für CCS genutzt werden können ist noch gar nicht erforscht. Hier könnte es ebenfalls einen Engpass in der Speicherkapazität geben.

Außerdem sind geologische Schichten, die für CCS verwendet wurden, für eventuelle Geothermie Anlagen nicht mehr verwendbar.

Besonders problematisch ist, dass CCS sehr viele Ressourcen und Energie verschlingt, und das für eine End of Pipe Lösung. Die Mittel wären hier für echte und nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen viel besser eingesetzt.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 3

Grenzwerte für Ozon, Feinstaub und Stickoxide herabsetzen

Die Arbeiterkammer Wien fordert die Bundesregierung auf, die Grenzwerte für Ozon, Feinstaub und Stickoxide deutlich herabzusetzen.

Wie sich auch bei der Corona Krise gezeigt hat, ist eine Vorschädigung der Lungen durch Schadstoffe wie Feinstaub, Ozon, Stickoxide etc. ein erhebliches Risiko für nachfolgende Virusinfektionen, die die Lunge schädigen. Corona hat also besonders bei Personen mit Vorerkrankungen, den sogenannten Riskogruppen, dramatische negative Auswirkungen auf den Krankheitsverlauf. Hier zeigt sich, dass die Anzahlen der schweren Krankheitsverläufe und der Todesfälle mit den Vorerkrankungen korrelieren, dass also die Wahrscheinlichkeit für einen schweren Krankheitsverlauf und sogar einen tödlichen Ausgang der Krankheit bei Personen mit vorgeschädigter Lunge drastisch erhöht ist.

Aber nicht nur für die Corona-Erkrankung, sondern auch für andere Krankheiten wäre das Minimieren von Schadstoffen in der Luft und ein gezielter Aufbau der Immunstärke der Menschen von Vorteil.

Technische und medizinische Maßnahmen versagen dann eben sehr oft, wenn es Vorschäden gibt. So ist z.B. die künstliche Beatmung der Corona-Patienten und - Patientinnen nicht so einfach und vielleicht sogar in manchen Fällen schwierig bis kontraproduktiv, da die bereits geschädigten Lungenbläschen durch den erhöhten Gasdruck bei der Beatmung zusätzlich geschädigt werden.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 4

VORRANG KLIMAZIELE: EINFRIEREN VON GROSSBAUVORHABEN IM STRASSENBAU

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich als Notmaßnahme, um die Klimaziele schneller zu erreichen, für einen Ausbaustopp von neuen Autobahnen, Schnellstraßen und Flugpisten aus, bis die Klimaziele erreicht sind. Erst dann sollte mit neuen Planungen und Ausbauten unter möglichst umweltfreundlichen Aspekten weitergemacht werden.

Der CO₂-Ausstoß ist beim Straßen- und Flugverkehr gravierend gestiegen, womit die mit fossilen Treibstoffen betriebenen Verkehrsmittel überproportional stark zum CO₂-Anstieg beitragen. Um drohende Strafzahlungen zu vermeiden und vor allem um die Klimaziele doch noch zu erreichen, müssen auch beim Verkehr Maßnahmen ergriffen werden, die schnell und leicht zu verwirklichen sind, um die Emissionen zu reduzieren.

Nicht nur das Bauen von neuen Verkehrsflächen an sich ist klimaschädlich. Auch bedingt der Ausbau von Straßen und Verkehrsflächen, dass sich das Verkehrsaufkommen vermehrt (siehe Südosttangente in Wien, die keine Verkehrs-entlastung, sondern Staus produziert).

Es muss das Ziel sein, dass es zu Einsparungen beim Verkehr und zum Vermeiden von Staus kommt. Es sollten möglichst viele KraftfahrerInnen ihre Fahrten reduzieren und auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Aber solange durch den überproportionalen Ausbau von Straßen und Flughäfen der umweltschädliche Verkehrsanteil immer weiter attraktiviert und massiv bevorzugt wird, wird es schwer sein, die Menschen zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel und Radwege zu motivieren.

Auch beim Warenverkehr mittels LKW kann ein Umstieg auf Bahnwarenverkehr bei den weiten Strecken nur dann erreicht werden, wenn der Transport auf der Straße nicht immer attraktiver gestaltet wird.

Den Ausfall der Wirtschaft bei der Bautätigkeit könnte teilweise jedenfalls ausgeglichen werden, indem man massiv Radwege ausbaut sowie die bereits bestehenden Verkehrsflächen saniert.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 5

BODENVERBRAUCH STOPPEN

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich dafür aus, den stark zunehmenden Bodenverbrauch zu stoppen oder zumindest stark zu verringern.

Der Bodenverbrauch von landwirtschaftlichen Flächen und anderen begrünten Flächen hat stark zugenommen. Einkaufszentren werden in die grüne Wiese gebaut. Verkehrsflächen und Straßen werden immer mehr, und das Zubetonieren der Landschaft wird sogar noch steuerlich gefördert.

Ein Problem dabei ist, dass Umwidmungen in Gemeinden keiner Umweltprüfung unterzogen werden. BürgermeisterInnen und Gemeinderat beschließen also de facto Maßnahmen und Baupläne bzw. Umwidmungen, deren Auswirkungen auf Ökologie und Verkehrsaufkommen und Gesamtwirtschaftlichkeit sie gar nicht wirklich abschätzen können, da ihnen die fachliche Voraussetzung oft fehlt.

Hier wäre es sinnvoll, dass Umwidmungen nur nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung durch eine Bundes- oder Landesbehörde stattfinden können, die auch mittels Experten die Folgen (Nutzen und Schaden) für das Land beurteilen können.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 6

Lärmschutzmaßnahmen

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für bessere Maßnahmen beim Lärmschutz beim Straßenverkehr in der Stadt aus.

Die Lärmbelastung in der Stadt ist hier für die Menschen so hoch, dass es durch die andauernde Lärmentwicklung zu gesundheitlichen Schäden kommt, wobei hier insbesondere die Lärmbelastung in der Nacht den gesunden und erholsamen Schlaf unmöglich macht.

Lärm kann Stressreaktionen auslösen. Hier ist vor allem eine Erhöhung des Blutdrucks und der Herzfrequenz zu nennen, aber auch eine Verringerung der Schlaftiefe und eine Veränderung der Muskelspannung. Dadurch wird die zum Schlafen nötige Entspannung erschwert. Und wenn der Mensch dann doch endlich schläft kann es durch den Lärm auch noch zu Aufwach- und Schreckreaktionen kommen.

Diese gesundheitlichen Folgen sind nicht nur für ältere Personen ein Problem. Menschen aller Altersgruppen werden in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt und ihr seelisches Befinden gestört.

Die Klimakrise und die erhöhten Temperaturen in den Sommermonaten haben die Lärmproblematik zusätzlich verschärft, da hier nur in den Nachtstunden eine Temperaturabsenkung mittels Lüften möglich ist. Bei offenem Fenster aber ist infolge der besonders starken Lärmentwicklung durch den Straßenverkehr ein ruhiger und erholsamer Schlaf nicht möglich.

Abhilfen für dieses Problem wären:

- Strengere Lärmschutzgrenzwerte bei KFZ
- Kontrolle der Lärmentwicklung und Prüfung des maximalen Lärmpegels bei allen motorbetriebenen KFZ (Ausweisung der Messwerte in den Pickerl-Prüfbericht)
- Geschwindigkeitslimits in besonders lärmgeplagten Stadtteilen (z.B. Gürtel) herabsetzen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 7

STOPP FREIHANDELSABKOMMEN

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich gegen weitere Freihandelsabkommen in der EU aus, sowie für einen Rückbau der bereits bestehenden Freihandelsabkommen auf ein sozial- und umweltverträgliches Ausmaß.

Wie sich gezeigt hat, sind Freihandelsverträge schädlich für die Umwelt und die Sozial- und Arbeitsbedingungen der Menschen. Der Schutz der Umwelt sowie der sozialen Daseinsvorsorge der Menschen muss wichtiger sein als die Gewinnmaximierung einiger weniger. Wie auch das Freihandelsabkommen Mercosur jetzt schon zeigt, sind auch hier die gravierenden Nachteile vorhanden.

- Für den Klimaschutz wichtige Regenwälder werden gerodet und zerstört, um billige Lebensmittel für den Export zu produzieren.
- Die Lebensmittel, die nach Österreich exportiert werden, sind qualitativ schlechter und mit Pestiziden und Schadstoffen belastet, und möglicherweise sogar gentechnisch verändert.
- Die weiten Transportwege belasten Umwelt und Klima in einem exorbitanten Ausmaß.
- Die Menschen in Brasilien, die von dieser Exportwirtschaft abhängig sind, müssen unter widrigen Sozialstandards unter gesundheitsschädlichen Bedingungen arbeiten.
- Die eigene Versorgung und Struktur in der Landwirtschaft wird zerstört und somit die Lebensgrundlagen von Kleinbauern und deren Familien vernichtet.

- Auch die österreichische Landwirtschaft gerät unter Preisdumpingdruck, weshalb viele österreichische Bauern und Bäuerinnen nicht mehr kostendeckend produzieren können. Ein Bauernsterben in Österreich ist somit vorprogrammiert, was gravierende Folgen für die Eigenversorgung in Österreich hat.
- Wenn die heimische Landwirtschaft nicht mehr in der Lage ist, die Grundnahrungsmittelversorgung in Österreich zu decken, könnte es in Krisenzeiten sogar zur Unterversorgung kommen. Wie sich bei der Corona-Krise gezeigt hat, können Lieferketten ausfallen bzw. fehlen die Güter dann aufgrund starker Nachfrage.

Diese und andere Probleme sind sowohl bei den alten als auch möglichen neuen Freihandelsverträgen systemimmanent, da durch diese Art des Handelns die Kontrolle und die Möglichkeit der Regulierung staatlicherseits weitgehend ausgeschaltet ist. Die Folgen sind Umwelt- und Sozialdumping, keine Resilienz in Krisenzeiten und ein Abdriften der österreichischen Arbeitsbedingungen auf das schlechtere Niveau weniger entwickelter Staaten.

Deshalb müssen neue Freihandelsabkommen sofort gestoppt werden und die bestehenden Freihandelsabkommen so verändert werden, dass ein Umwelt- und Sozialvorbehalt gegen Waren und Dienstleistungen ermöglicht wird, also wenn sich beim Handel mit diesen Waren oder Dienstleistungen gravierende Verschlechterungen bei den Umwelt- oder Sozialstandardsystemen (schlechte Arbeitsbedingungen, schlechtes Gesundheitssystem, schlechte Löhne etc.) einstellen.

Jedenfalls muss als unverrückbares Grundprinzip von bloßen Handelsverträgen die Rechtstaatlichkeit, Demokratie und nationale Souveränität in sämtlichen involvierten Staaten vollumfänglich erhalten bleiben. Freihandel und im Zuge des Freihandels geschlossene Verträge dürfen niemals zu Auslieferung und Abhängigkeit führen. Vertragspunkte und Interpretationen, die zugunsten von Profitinteressen zu Einschränkung oder Zerstörung der Lebensperspektiven von Menschen führen, sind als sittenwidrig zu erklären. In diesem Sinne sollte zur eindeutigen rechtlichen Klarstellung eine generelle Ergänzung sämtlicher Freihandelsverträge angestrebt werden, um die Wahrung von Rechtstaatlichkeit, „good governance“, nationaler Souveränität und Erhalt der Demokratie an sich als höherwertiges Ziel gegenüber der im Freihandelsvertrag begünstigten Partei (insbesondere gegenüber lediglich potentiellern Gewinn) unmissverständlich zu definieren.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 8

RESILIENTE WIRTSCHAFT

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für eine bessere Sicherung der Daseinsvorsorge in Österreich durch resiliente Wirtschaftssysteme aus.

Wie die Corona-Krise gezeigt hat, ist das derzeitige neoliberale Wirtschaftssystem sehr krisenanfällig.

- Lange Handelsketten und Transportwege sind fragil und können im Fall einer Krise ohne Vorwarnung komplett zusammenbrechen
- Strategisch wichtige Produktionen und Firmen werden ins Ausland verlagert, sie fehlen in Krisensituationen um die Eigenversorgung im Land aufrecht zu erhalten.
- Die Lagerbestände sind zu klein, da die Lagerhaltungskosten reduziert werden und durch just-in-time-Lieferungen ersetzt werden. Dass das in Krisenzeiten nicht funktioniert hat sich gezeigt.

Es macht keinen Sinn, lebenswichtige Güter und Produktionen auszulagern um Kosten zu sparen, wenn diese gerade wenn sie dringend gebraucht werden dann nicht verfügbar sind.

Daher ist es dringend erforderlich bei Gütern für die Daseinsvorsorge möglichst krisensichere Wirtschaftssysteme zu etablieren.

Diese Verpflichtung zu zumindest teilweisem Erhalt der betrieblichen Funktionsfähigkeit auch im Falle einer schweren Krise soll im Interesse der Versorgungssicherheit der Menschen auch gesetzlich verankert werden.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 9

Dachflächen für Solarenergie nutzen

Die Arbeiterkammer Wien ersucht die österreichische Bundesregierung sowie alle Landesregierungen, Maßnahmen zu ergreifen, damit Dachflächen vermehrt zur Solarenergie-Gewinnung genutzt werden.

In einem ersten Schritt sollten vor allem öffentlichen Gebäude dahingehend ausgebaut werden.

Die österreichische Regierung hat, wie auch das übrige Europa, bisher in der Erreichung der Klimaziele versagt, die Klimaziele wurden nicht erreicht. Hier ist es notwendig alle nur möglichen und sinnvollen umweltfreundlichen Energiegewinnungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Solarenergie-Anlagen sind derzeit voll entwickelt und einfach und kostengünstig zu installieren. Umso unverständlicher ist es aber, dass es immer noch viele Dachflächen gibt, die noch nicht für Solarenergie genutzt werden.

Solarpotential besser nutzen:

Im Zuge des geplanten Ausstiegs aus den fossilen Energieträgern wird der Ausbau erneuerbarer Energie mittlerweile allgemein als Notwendigkeit anerkannt. Tragischerweise jedoch wird das durchaus vorhandene große Potential an Solarenergie nur viel zu zögerlich einer Nutzung zugeführt. Für diese Feststellung reicht schon ein Spaziergang durch Wien und ein Blick auf die vielen freien Dächer und sonstigen geeigneten Flächen, welche nicht zur Energieerzeugung genutzt werden.

Dieser Zustand ist nicht nur umweltpolitisch katastrophal. Wenn die kostenlose Energie, die von der Sonne gratis geliefert wird, nicht genutzt und stattdessen die fossile Energie aus dem Nicht-EU-Raum verwendet wird, erweist sich dies durch den Abfluss an Kaufkraft auch als wirtschaftspolitisch schädlich.

Maßnahmen könnten sein:

- Große Besteller von Solarpaneelen (Wien Energie, große Betriebe, Asfinag, e-control etc.) sollten ermutigt werden, privaten Interessenten die Möglichkeit einer gemeinsamen Beschaffung zu gewähren. Die dabei erzielbaren Preisnachlässe und die Mit-Nutzung eines professionellen Beschaffungsprozesses könnte viele zögernde Privatpersonen zu einer Investition veranlassen.
- Definition von Baustandards für Neubauten, welche eine Nutzung sowohl als Garage als auch als Akku-Raum erlauben. Da der Wunsch nach Individualmobilität ungebrochen hoch ist, werden auch aktuell viele in der Errichtungs- und Planungsphase befindliche Neubauten mit Tiefgaragen ausgestattet. Aufgrund absehbarer massiver Umwälzungen durch selbstfahrende Autos, Roboter-Taxis und dergleichen könnte jedoch bald (vielleicht schon ab 2030) der Fall eintreten, dass das Interesse und der Bedarf an Autos im eigenen persönlichen Besitz und somit auch an Tiefgaragen (da gemeinsam genutzte Autos die meiste Zeit des Tages unterwegs sind und somit keinen Parkplatz benötigen) zu weiten Teilen verschwindet. Andererseits ist absehbar, dass durch Fortschritte in der Batterietechnik (beispielsweise durch sehr viel preisgünstigere Natrium-Ionen-Akkumulatoren) der Anreiz und durch Belastungen der Stromnetze auch die Notwendigkeit von Batteriespeichern in der Stadt deutlich zunimmt. In diesem Falle wäre es wünschenswert, dass sämtliche baulichen Erfordernisse bereits während der Bauphase bedacht würden und teure und möglicherweise technisch aufwendige nachträgliche Umbauten somit entfallen.
- Erforschung der Ursachen von brachliegendem Solarpotential: Die Nutzung des Solarpotentials ist keine reine Privatangelegenheit, sondern liegt aufgrund volkswirtschaftlicher Auswirkungen auch im öffentlichen Interesse. Da Solaranlagen bereits heute wirtschaftlich sind, muss die Ursache einer Nichtnutzung durch andere Umstände hervorgerufen werden, als durch rationale wirtschaftliche Erwägungen. Diese Ursachen jedoch sind bis dato völlig unbekannt. Daher sollte zunächst einmal eine repräsentative Studie durchgeführt werden, welche für eine Gründe für einen Verzicht auf Nutzung des eigenen Solarpotentials erfasst und quantifiziert.
- Schaffung eines One-Stop-Shops für Interessenten an der Nutzung des jeweiligen Solarpotentials: Dieses sollte zuständig sein für Planung, Beschaffung, Aufbau und Installation, Antrag und Inanspruchnahme staatlicher Förderungen sowie Behandlung sämtlicher juristischer, baulicher, ökologischer oder sonstiger Probleme, welche auf die Errichtung einer Photovoltaikanlage Einfluss nehmen könnten.
- Da die Rentabilität einer Investition in Solarenergie lediglich eine Frage der Zeit ist, könnte eine Finanzierungsstelle bei der Bereitstellung der Mittel helfen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 10

Verbesserungen für Fußgänger/Innen

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich dafür aus, die Verkehrsbedingungen für Fußgänger und Fußgängerinnen deutlich zu verbessern.

Das zu-Fuß-gehen wurde für lange Zeit nicht als beforschenswerte Fortbewegungsform erkannt, steht jedoch am Anfang und Ende eines jeden Weges, den ein Mensch in der Stadt antritt. Es ist eine Mobilitätsform, die alle Menschen betrifft, und deren unproblematischer Ablauf einen direkten Einfluss auf die Lebensqualität ausübt – auch dann wenn es den betroffenen Menschen aufgrund der scheinbaren Banalität dieses Vorganges und mangelnder Reflexion über derart alltägliche, automatisiert und lediglich unbewusst erlebte Abläufe des täglichen Lebens nicht als dringliches Anliegen erscheint.

Innerhalb der Gruppe der Fußgänger/Innen fällt vor allem der enorme strukturbedingte Qualitätsunterschied auf, dem der/die individuelle Fußgänger/In ausgesetzt ist. Bei guten Bedingungen wird der Fußweg nicht als Belastung, sondern mitunter sogar als entspannend und angenehm empfunden.

Die am wenigsten begünstigten Fußgänger/Innen jedoch erleben den Weg als einziges Ärgernis (aufgrund von Lärm, Staub, schutzlosem Ausgeliefertsein gegenüber dem motorisiertem Verkehr, und oft völlig sinnlos empfundene Wartezeiten an Ampeln inmitten von Verkehr, die durch zu kurze Schaltung nicht in einem Zug bewältigt werden können).

Obwohl diese belastenden Lebensumstände zu Stress, Unlustgefühlen und einem Gefühl der allgemeinen Belastung bis hin zur Erschöpfung führen, werden sie aufgrund langjähriger Gewöhnung oder empfundener Änderungsunmöglichkeit nicht als solche Belastungsfaktoren erkannt und in weiterer Folge weder angesprochen noch in politische Forderungen umgesetzt.

Mögliche Lösungen können u.a. sein:

- Proaktive Erfassung und Evaluierung sämtlicher Problemzonen, welche für Fußgänger/Innen belastend sind
- Ampelschaltungen auf Fußgänger/Innen ausrichten, sodass sie nicht dem KFZ-Verkehr gegenüber benachteiligt sind
- Verringerung der Lärmbelastung durch Überplattung von Autobahnen und Schnellstraßen
- Behebung von ungünstigen baulichen Strukturen, um die gegenseitige Behinderung der Verkehrsteilnehmer/Innen zu vermeiden.
- ausreichend breite Sicherheitszonen vor Baumärkten oder Supermärkten mit ausgedehnten Parkplätzen (sodass die Menschen nicht direkt vom Geschäft vor die Autos treten müssen)
- Besserer Schutz für Fußgänger vor Beunruhigung durch sich annähernde KFZ. Die KFZ-Fahrer/Innen sollten die Fahrgeschwindigkeit dementsprechend anpassen und eine mögliche Nötigung auch nicht versehentlich in Kauf nehmen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 11

Mehr Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger bei gemischtem Verkehrsaufkommen mit Fahrrädern und Autos.

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich dafür aus, dass bei Verkehrsflächen, die sowohl von Fußgänger/Innen als auch von Radfahrer/innen und Autofahrer/Innen benutzt werden, ein Tempolimit von 15 kmh für alle Verkehrsteilnehmer/Innen gelten soll.

Aufgrund des Platzmangels werden oft ehemalige Gehsteige auch für Radfahrer/innen zugelassen, was ja auch wünschenswert ist. Nur sind die Radfahrer/Innen auf diesen gemeinsamen Verkehrsflächen oft viel zu schnell unterwegs, was eine erhöhte Unfallgefährdung (für beide, Radfahrer/Innen und Fußgänger/Innen) zur Folge hat.

Auch der gemischte Verkehr in Begegnungszonen (Autofahrer/Innen, Radler/Innen, Fußgänger/Innen) sollte durch eine entsprechende Geschwindigkeitsbegrenzung sicherer werden.

Nur so kann auch eine Steigerung von umweltfreundlicher Mobilität ohne Konflikte zwischen den einzelnen Verkehrsteilnehmer/Innen auch in der Praxis funktionieren.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 12

Radschnellwege

Die Arbeiterkammer Wien fordert den Ausbau von Radschnellwegen ins Wiener Umland. In weiterer Folge sollte auch ein Radwegenetz für ganz Österreich umgesetzt werden, das Städte und größere Orte verbindet.

In Deutschland sind etwa 1540km Radschnellwege in Betrieb, in Bau oder Planung bzw. zumindest in Diskussion. Aber auch wenn man in andere Länder Europas blickt, wird dort den Radschnellwegen immer mehr Wichtigkeit zuerkannt und demgemäß ausgebaut.

Allein in Wien hat der Radverkehr gegenüber dem Vorjahr um ca. 50 % zugenommen. Es ist durchaus anzunehmen, dass die Menschen auch nach der Corona-Krise diese Weise der Fortbewegung weiterhin schätzen werden, da diese viele Vorteile hat, nicht zuletzt gesundheitliche. Man wird fitter, die Lunge wird trainiert, man ist mehr an der frischen Luft - gerade in Zeiten von Corona ist dieser Effekt hoch zu bewerten.

Das Potential des Radfahrens insgesamt sollte nicht unterschätzt werden. Mit dem Aufkommen der elektrischen Fahrräder können jetzt auch Strecken bewältigt werden, die vorher eher unmöglich schienen. Mit so einem elektrischen Fahrrad sind 40 km wohl kein Problem mehr, und auch Anstiegen (bergauf) ist der Schrecken genommen. Strecken, die vorher eingependelt werden mussten, sind jetzt auch mit dem Fahrrad möglich.

Aber auch nur, wenn man die Kosten für das Fahrrad (auch wenn es ein elektrisches Fahrrad ist) den Kosten für den eigenen PKW gegenüberstellt, erkennt man, dass die Kosten für den eigenen PKW ein Vielfaches derer für das Fahrrad sind, sowohl in Betrieb, als auch in Anschaffung und Erhaltung. Einzig der Öffi-Verkehr kann hier vermutlich mithalten, allerdings bleiben dann die gesundheitlichen Aspekte außer Acht.

Gerade in Zeiten des Klimawandels müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Treibhausgasemissionen besonders im Sektor Verkehr zu senken, da dieser einen besonders hohen Anteil an den gesamten Treibhausgasemissionen hat (45%). Der Förderung des Radverkehrs muss daher wesentlich mehr Wichtigkeit eingeräumt werden.

Nicht zuletzt macht ja Radfahren auch noch Spaß. Um diesen noch zu fördern müssen unbedingt die Radwege komfortabler und schneller befahrbar werden – und vor allem breiter, damit auch bei mehr Radler/Innen-Andrang noch alle fahren können, die langsameren, aber auch die schnelleren Radfahrer/innen, ohne einander zu gefährden oder zu behindern.

Die Radschnellwege würden sich auch zu einem entlastenden Faktor bei der Vermeidung des Bodenozone entwickeln. Heiße Sommertage führen erfahrungsgemäß zu erhöhten Bodenozonwerten, sind aber andererseits besonders gut zum Radfahren geeignet.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 13

Wiener Radwege

Die Arbeiterkammer Wien empfiehlt einen weiteren Ausbau der Wiener Radwege. Insbesondere müssen die Lücken des Radwegenetzes in Wien geschlossen werden. Es muss das Netz zu einem wirklichen Netz ohne „Fransen“ und unnötige Umwege ausgebaut werden. Ein Radweg darf nicht plötzlich einfach im Nichts oder auf einer Straße für motorisierten Verkehr ohne Radstreifen enden.

Die Zügigkeit und die Direktheit von Radverbindungen ist der entscheidende Faktor für die Akzeptanz und tatsächliche Nutzung im täglichen Leben. Halbherzige Lösungen, die Radfahrenden gegenüber anderen Verkehrsteilnehmer/Innen ein hohes Maß an Diskomfort aufbürden, sind aus- oder umzubauen, damit die Radstrukturen auch tatsächlich genutzt werden und nicht nur auf dem Papier und für die Statistik bestehen.

Dieser Paradigmenwechsel sollte als eine der Hauptaufgaben für die kommende Regierungsperiode in Wien aufgefasst werden und ist entsprechend mit finanziellen Mitteln auszustatten.

Die allgemeinen Vorteile des Radfahrens sind bereits im Antrag „Radschnellwege“ enthalten und brauchen hier nicht noch mal aufgeführt werden.

Das Wiener Straßennetz umfasst derzeit eine Länge von rund 2.800 Kilometern (davon 51 Kilometer Autobahnen und Schnellstraßen sowie 222 Kilometer Hauptstraßen B) mit einer Fläche von insgesamt circa 41 Quadratkilometern.
(<https://www.wien.gv.at/verkehr/strassen/fakten.html>)

Demgegenüber steht die derzeitige Gesamtlänge des Radverkehrsnetzes in Wien circa 1.431 Kilometer (<https://www.wien.gv.at/verkehr/radfahren/radnetz/fakten.html>).

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass dies ein ausgewogenes Verhältnis ist. Aber dies ist eben nur auf den ersten Blick der Fall. In der Praxis ist es leider so, dass man als überzeugte/r Radfahrer/in nur selten ungehindert Radfahren kann, denn man kommt nur auf Radwegen und Fahrradstraßen gut voran, und das sind dann eben nur noch 168,8 km. Selbst wenn man die Busspuren noch dazu rechnet, die befahren werden dürfen, sind es nur 177,5 km ungehindertes Radfahren.

Alle übrigen Strecken sind in irgendeiner Weise gemischter Verkehr, sei es eine enge Radspur neben dem motorisierten Verkehr (auf der man sich als Radfahrer/In meistens sehr gefährdet fühlt), sei es auf Geh- und Radwegen, die mit zu-Fuß-Gehenden geteilt werden müssen, oder in anderer Weise gemischter Verkehr mit anderen Verkehrsteilnehmer/Innen.

Häufige und mehrmalige Querungen von Straßen für den motorisierten Verkehr sind ein Problem für die Akzeptanz. Es gibt noch viele Radrouten und Radwege, bei denen man mehrmals queren und dabei jedes Mal eine nicht unerhebliche Wartezeit in Kauf nehmen muss.

Das Radwegenetz in Wien muss in Zukunft auch wirklich ein NETZ werden! Es müssen alle Radwege entschärft werden, die in den gefährlichen Autoverkehr münden bzw. einfach enden, ohne die Möglichkeit der gefahrlosen Weiterfahrt. Bei einem Netz sind alle Stränge verbunden, ohne abstehende „Fransen“, wo man als Radfahrender dann nicht mehr ohne ein Gefühl des Gefährdetseins weiterfahren kann.

Vor allem auch könnte die bestehende Infrastruktur der Hauptverkehrslinien besser genutzt werden, wo sich dieses aufgrund der Ausgangssituation anbietet. So ist etwa das Konstruktionsprinzip der donauquerenden Radverbindung unterhalb der Südost-Tangente (einfache und kostengünstige Hängebrückenkonstruktion mit Dübeln und Stahlseilen) sicherlich auch auf andere Brückenkonstruktionen anwendbar, wie beispielsweise in Brückenkonstruktion ausgeführte U-Bahn-Trassen. Somit könnten einfach und kostengünstig den besonders schnellen Radfahrer/Innen ein Weg geboten werden, der sich am generellen Verkehrsnetz orientiert, wodurch Konfliktsituationen mit langsameren Radfahrer/Innen nachhaltig vermieden werden könnten.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 14

Rechtsabbiegen bei Rot nur für Radfahrende

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich dafür aus, dass die StVO dahingehend abgeändert wird, dass das Rechtsabbiegen bei Rot für Radfahrende gestattet ist, wenn sie die übrigen Verkehrsteilnehmer/Innen nicht gefährden oder behindern.

Radfahren ist nach dem Zuzußgehen die umweltfreundlichste Art des Verkehrs. Es ist sogar noch umweltfreundlicher als der öffentliche Verkehr.

Besonders wenn das Rad auch zur Erledigung von Berufsalltagswegen, zum Einkauf etc. genutzt wird, ist das Stoppen vor Verkehrsampeln und das Wiederanfahnen nicht nur ein Zeitverlust, es erfordert auch viel mehr Energie und Kraftaufwand als das Durchfahren derselben Strecke ohne dauerndes Anhalten und Wiederlosfahren.

Um den Radverkehr noch weiter zu fördern müssen alle sinnvollen Möglichkeiten ausgebaut werden. Ziel wäre es, möglichst viele AutofahrerInnen zum Umsteigen auf das Rad bei Kurz- und Mittelstrecken zu motivieren.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 15

Zweitaktmotoren im Straßenverkehr

Die Arbeiterkammer Wien fordert die die zuständigen Stellen auf, die Vergabe von Neuzulassungen von ein- und mehrspurigen KFZ mit Zweitaktmotoren zu beenden. Ausnahmen sollten lediglich im Einzelfall, bei besonderem historischem oder kulturellem Wert oder für wirtschaftliche oder gewerbliche Spezialfahrzeuge gewährt werden.

Zweitaktmotoren verursachen unverhältnismäßig mehr Emissionen von Lärm und Schadstoffen gegenüber Viertaktmotoren.

Die typischerweise mit dem Moped zurückgelegten kurzen Wege in der Stadt sind auch mit einem Elektroroller zu bewältigen, auch die Ladezeiten sind aufgrund der geringeren Batteriegröße (verglichen mit Elektro-PKW) kein Problem.

Aufgrund der kleineren Akkus und der generell niedrigeren Anschaffungskosten wäre der Aufpreis für eine elektrische Variante eher „verschmerzbar“ als bei herkömmlichen Autos. Auch etwaige Förderungen der Anschaffung wären bei elektrischen Mopeds (verglichen mit der Ankauf-Förderung für elektrisch betriebene KFZ) wirksamer oder günstiger. Bei dem geringeren Anschaffungspreis wäre der Impact der Förderungsmaßnahme höher.

Die erste eigene Mobilität führt im Allgemeinen zu einer intensiven Beschäftigung mit den Eigenschaften und Vorzügen der jeweiligen Mobilitätsform, wobei die im jungen Alter mitunter stärker vorhandene Beobachtungsgabe und Kreativität zu neuen Ideen und Verbesserungsmöglichkeiten führen kann. In diesem Sinne wäre es für mögliche individuelle Berufsperspektiven, aber auch für die Entwicklung von Ideen und Innovationen am Wirtschaftsstandort Österreich wünschenswert, sich mit Technologien zu beschäftigen, die auch eine Zukunft haben. Die Jugend sollte mit elektrischem anstatt fossilem „Mindset“ aufwachsen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 16

SICHERHEIT BEI ELEKTRO-SCOOTERN

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für mehr Sicherheit bei Elektro-Scootern aus. Dies soll insbesondere durch eine bessere technische Ausstattung, Schutzhelmpflicht sowie praxisgerechte Geschwindigkeitslimits erreicht werden.

E-Scooter erfreuen sich als Nahverkehrsmittel zunehmender Beliebtheit, da sie platzsparend und bequem sind. Die vermehrte Nutzung (vor allem bei Jugendlichen) führt aber auch zu Problemen und Unfallgefahren.

- Die E-Scooter haben viel kleinere Räder als Fahrräder und sind daher viel instabiler. Insbesondere bei Bodenunebenheiten oder Schlaglöchern kann man damit leicht stürzen, was zu erheblichen Verletzungen führen kann. Das Tragen eines Fahrradhelmes sollte bei der Benutzung von E-Scootern zwingend vorgeschrieben sein (ähnlich wie auch bei Motorrädern und Mopeds).
- Die E-Scooter haben keine so gute Bremswirkung wie Fahrräder, d.h. die Geschwindigkeit von 25 oder sogar 30 kmh ist für Fahrzeuge dieser Bauart zu hoch, es sollte daher ein entsprechendes Geschwindigkeitslimit gelten.
- Handzeichen geben, um eine Richtungsänderung anzuzeigen, ist bei E-Scootern schwierig bis unmöglich. Es sollte daher bei jedem E-Scooter eine elektrische Blinkanlage vorgeschrieben sein.
- Die Beleuchtung bei E-Scootern ist oft unzureichend. Die Leuchtstärke des Frontlichtes, aber insbesondere die Leuchtkraft des Rücklichtes ist oft zu gering. Dazu kommt noch, dass die Lichter (besonders die Rücklichter) oft nur knapp über dem Bodenniveau montiert sind, und auch bei guter Leuchtkraft schlecht sichtbar sind. Die Entfernung des Leuchtkörpers vom Boden sollte mindestens 60 cm betragen. Zusätzliche Lichter am Helm wären empfehlenswert.

- Das Abstellen von ausgeliehenen E-Scootern auf Fahrbahnflächen ist ebenso ein Problem. Umgefallene E-Scooter auf Radwegen sind schlecht sichtbar und es kann bei Rädern oder anderen Scootern, insbesondere in der Nacht, zu Kollisionen mit diesen unsachgemäß abgestellten E-Scootern kommen. Dieses Problem sollte mit geeigneten Maßnahmen gelöst werden. Denkbar wäre etwa ein Erfassen von Bewegungsdaten, um festzustellen, ob eine etwaige unsachgemäße Abstellung auf den letzten Nutzer/die letzte Nutzerin zurückzuführen ist oder auf andere Personen, welche den Scooter zuvor nicht in Verwendung hatten. (Mögliche Motivationen zu einer solchen eigenmächtigen Umstellung wären etwa der Versuch, Platz zum Parken zu schaffen, oder auch das zwar gut gemeinte jedoch verfehlte Verständnis von Ordnung im öffentlichen Raum).

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 17

GESCHWINDIGKEITSKONTROLLEN

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für vermehrte Geschwindigkeitskontrollen auf Autobahnen, Landstraßen und Tempo-30-Zonen aus, als eine Maßnahme zur Verringerung von Verkehrsunfällen und zur Verringerung des CO₂ - Ausstoßes.

Neben Alkohol oder Drogen am Steuer ist überhöhte Geschwindigkeit eine der Hauptursachen für schwere Verkehrsunfälle. Was aber meist übersehen wird: es steigt mit zunehmender Geschwindigkeit bei kohlenwasserstoffbetriebenen KFZ der CO₂ - Ausstoß und somit die Umweltbelastung. Eine überhöhte Geschwindigkeit bedingt also auch eine stark erhöhte Umweltbelastung.

Insbesondere bei hohen Geschwindigkeiten, also auf Autobahnen und Schnellstraßen steigt die Umweltbelastung stark an (mehr CO₂ durch erhöhten Treibstoffverbrauch, vermehrter Reifenabrieb, stark erhöhter Lärmpegel).

Daher wäre es ein Schritt zu mehr Umweltschutz sowie erhöhter Verkehrssicherheit, wenn die Geschwindigkeitslimits nicht überschritten würden.

Eine Reduzierung der effektiven Geschwindigkeit auf Landstraßen und Autobahnen wäre ein weiterer Schritt zu mehr Klimaschutz.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 18

VERRINGERUNG VON ELEKTROSCHROTT

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für eine Verringerung von Elektroschrott durch geeignete gesetzliche Maßnahmen aus.

Die Lebensdauer von Elektrogeräten wie Handys, Computer, elektrische Maschinen etc. wird immer kürzer. Ein großes Problem ist dabei die geplante Obsoleszenz, wo in die Geräte Schwachstellen eingebaut werden, die die Lebensdauer der Geräte extrem verkürzen. Andererseits wie z.B. bei Handys wird auch ein noch funktionierendes Gerät durch ein neues Modell ersetzt, das neue Features bietet.

Darüber hinaus können alte kaputte Geräte nur sehr schwer repariert werden, da dies aufgrund der Konstruktion bewusst verhindert wird (verschweißte Teile statt verschraubte, Auslaufen der Ersatzteile, Ändern von Anschlüssen und Normteilen etc.).

Maßnahmen wären daher z.B.:

- Eine starke Verlängerung von Garantie und Gewährleistung
- Eine Reparaturgarantie bei vorherigem kostenlosen Kostenvoranschlag
- Die Einzelteile der Geräte müssen so konstruiert sein, dass sie rasch und kostengünstig getauscht werden können
- Es muss einen Plan für die eventuelle Nachnutzung von Teilen geben (Elektrobatterien für Autos etc.) oder einen Entsorgungsplan um die Geräte möglichst umweltfreundlich zu entsorgen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 19

Mehr Bewegung und Sport in Kindergärten und Schulen

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für ein besseres Bewegungsangebot in Schulen und vor allem in Kindergärten aus.

Daß Bewegungsmangel viele negative Auswirkungen auf Gesundheit und Fitness hat ist wissenschaftlich erwiesen. Die verbesserte Durchblutung erhöht die Immunabwehr, Sport macht Spaß und dient dem Stressabbau, wirkt muskelaufbauend und hilft auch Adipositas und Stoffwechselerkrankungen wie Diabetes etc. hintanzuhalten.

Auf das mangelnde Sport- und Bewegungsangebot in Schulen wurde schon vielfach hingewiesen, allein wirklich behoben wurde das Problem noch nicht.

Noch viel wichtiger wäre es aber schon bei den Kindergartenkindern für ausreichend Bewegung zu sorgen, da die Ausbildung der Körperbeherrschung im frühen Jugendalter erlernt wird. Geschicklichkeit, Balance und Körperbeherrschung sind in frühester Jugend zu entwickeln und können später kaum nachgeholt werden.

Leider gibt es viele Kindergärten, wo die Kinder aus Angst vor Verletzungsgefahr und möglichen daraus resultierenden Klagen gleichsam unter einen Glassturz gestellt werden. Aber auch die Bequemlichkeit der Betreuungspersonen verhindert öfters ein Mindestmaß (geschweige denn ein Mehr) an Bewegungseinheiten.

Draußen aufgestellte Spielgeräte des Kindergartens werden dann oft wenig bis gar nicht genutzt. Bei Schlechtwetter geht man nicht ins Freie, damit sich die Kinder nicht verkühlen.

Diese übertriebene Fürsorge ist eher schädlich, da sowohl die motorischen Fähigkeiten der Kinder verkümmern als auch das Immunsystem nicht entsprechend trainiert wird.

Es sollte daher:

- das Bewusstsein für Sport gefördert werden
- eventuelle Unfälle durch eine Versicherung gedeckt sein (automatisch mit Kindertarteneintritt)
- ein Team von Bewegungspädagogen regelmäßig alle Kindertärten (eventuell auch Schulen) besuchen, Tipps und Anleitungen geben und ein Sport-Programm entwickeln
- ein Monitoring über die Sport- und Bewegungseinheiten eines jeden Kindes geben, um Defizite in einzelnen Einrichtungen aufzudecken und zu verbessern.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 20

Sterbehilfe

Die Arbeiterkammer Wien unterstützt die Forderungen des Institutes für Ehe und Familie (IEF) sowie des Institutes für medizinische Anthropologie und Bioethik (IMABE), die sich gegen die vielfach betriebenen Bestrebungen zur Einführung der Sterbehilfe richten.

Ein Auszug der Webseite der genannten Institute (<https://www.lebensende.at>) bringt die Problematik auf den Punkt:

1. **Jeder Mensch ist es wert, geschützt zu werden.** Wenn eine Krankheit oder Behinderung als legitimer Grund zur Tötung eines Menschen erklärt wird, dann trifft der Gesetzgeber eine Einteilung in wertvolles und unwertes Leben. Das trägt dazu bei, dass Menschen ihr Leben nicht mehr als lebenswert empfinden und unter Druck geraten, ihre Bedürfnisse oder gar ihre Existenz rechtfertigen zu müssen.
2. Eine Legalisierung der „Sterbehilfe“ öffnet der **Kommerzialisierung des Todes** Tür und Tor. Dass das Geschäft mit der Tötung einträglich ist, zeigt etwa die Schweiz, wo „Sterbehilfe“ legal ist: Laut Schweizer Medienberichten kommen die Sterbehilfe-Vereine Exit, Eternal Spirit und Dignitas zusammen mittlerweile auf einen Jahresumsatz von zehn Millionen Schweizer Franken.
3. Schon jetzt hat jede/r in Österreich das **Recht auf Selbstbestimmung**. Jeder Patient hat das Recht, eine medizinische Behandlung abzulehnen, selbst wenn dies zu einem beschleunigten Todeseintritt führt. Im Zentrum einer palliativen Behandlung stehen die Schmerzkontrolle und die Begleitung am Lebensende. Auf nutzlose medizinische Behandlungen wird verzichtet. Für den Fall der Entscheidungs- oder Äußerungsunfähigkeit können Patienten auch im Vorhinein durch die Instrumente der Vorsorgevollmacht oder der Patientenverfügung regeln, dass ihr Wille weiter berücksichtigt wird.

Österreich hat sich bewusst für einen Weg entschieden, der **Sterbende begleitet**, aber **nicht tötet**. Dieser "**österreichische Konsens**" wurde 2001 im Rahmen einer parlamentarischen Enquete „Solidarität mit unseren Sterbenden“ festgelegt und versteht sich als Kontrapunkt zu jeglicher "aktiven Sterbehilfe".

Die wesentlichen Eckpunkte sind:

JA zur Behandlungsautonomie: Solange der Patient entscheidungs- und äusserungsfähig ist, darf eine medizinische Behandlung nur mit seiner Einwilligung erfolgen. Das bedeutet: auch wenn eine medizinische Behandlung an sich medizinisch ratsam wäre, der Patient diese Behandlung aber ablehnt, darf die Behandlung nicht durchgeführt werden. Mittels Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht kann der Wille des Patienten auch dann durchgesetzt werden, wenn dieser selbst sich nicht mehr artikulieren kann.

JA zur Hospiz- und Palliativversorgung: Hospiz und Palliative Care umfassen die ganzheitliche Betreuung und Begleitung von Menschen mit schweren Erkrankungen, wenn eine Heilung nicht mehr möglich ist. Ziel ist ein möglichst hohes Maß an Lebensqualität und Selbstbestimmung bis zum Lebensende in Verbindung mit ganzheitlicher Begleitung.

JA zur Rechtssicherheit für alle:

NEIN zu assistierter Selbsttötung

NEIN zur Tötung auf Verlangen

Eine Aufweichung bzw. Änderung der aktuellen Gesetzeslage ist daher abzulehnen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

174. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2020

Antrag 21

Gegen Nationale Massenkäufe von Impfstoffen unklarer Sicherheit und Wirksamkeit auf Kosten der Steuerzahler

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich dagegen aus, dass auf Kosten der Steuerzahler Impfstoffe angekauft werden, deren langfristige Sicherheit und Wirksamkeit nicht abschließend geklärt ist.

Dies betrifft vor allem die im Zuge der Corona Krise im internationalen Wettlauf produzierten neuen RNA und Vektorbasierten Impfstoffe gegen Sars-CoV 2, die als genetische Impfstoffe in der Fachwelt hinsichtlich ihrer möglichen Langzeitfolgen bei massenhafter Anwendung nicht unumstritten sind.

Ein Ankauf der bereits jetzt durch Österreich vorgestellten 8 Millionen Dosen durch die öffentliche Hand kann erst getätigt werden, wenn Wirksamkeit und Sicherheit im Langzeitverlauf eindeutig gewährleistet sind. Dies ist im derzeitigen teleskopierten und rollenden Zulassungsverfahren mit Erlangung der Zulassung nicht in ausreichendem Maß gegeben.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig